

Leitantrag

Mitgliederversammlung am 10.10.2026

Initiator_innen: Beate Meinel-Reisinger, Christoph Wiederkehr, Claudia Gamon, Markus Hofer, Sepp Schellhorn, Sophie Wotschke, Yannick Shetty, Indra Collini, Felix Eypeltauer, Birgit Obermüller, Niko Swatek, Christoph Lach, Janos Juvan, Arlette Zakarian, Stephanie Krisper, Anna Stürgkh, Katharina Kainz, Dolores Bakos, Johannes Gasser, Wenzel Röhsner, Bianca Perina, Fiona Fiedler

Titel: **Der Reformerfolg gehört den Bürger:innen. Das Risiko den Politiker:innen.**

Antragstext

1 Budgetsanierung ohne sichtbaren Nutzen erzeugt Reformmüdigkeit. Versprechen von
2 Politiker:innen ohne spürbare Ergebnisse erzeugen Misstrauen. Wir NEOS wollen
3 diese Logik durchbrechen und Bürger:innen direkt an Reformerfolgen beteiligen.
4 Zugleich dürfen sich populistische Politiker:innen nicht länger aus der
5 Verantwortung stehlen. Unverantwortliche Schuldenpolitik muss Konsequenzen
6 haben.

7 Zwar hat etwa die Bundesregierung mit ihren Maßnahmen für die kommenden Jahre
8 rund 100 Milliarden Euro an Neuverschuldung verhindert, aber der Schuldenberg
9 wächst noch immer. Österreich gibt weiterhin mehr Geld aus, als der Staat
10 einnimmt. Deshalb reichen die bisherigen Sparbemühungen noch nicht aus. Was wir
11 durch weitere Reformen bei Pensionen, Gesundheit oder Förderungen einsparen,
12 darf die Politik nicht gleich wieder ausgeben.

13 Wir NEOS wollen das ändern. Wenn Reformen Spielraum schaffen, müssen die
14 Steuerzahler:innen profitieren und Schulden sinken. Wenn Politiker:innen ihre
15 vereinbarten Budgetziele verfehlen, bekommen sie weniger Gehalt.

16 So schaffen wir eine einfache Regel: Erfolg kommt den Menschen zugute.
17 Misserfolg hat für die Verantwortlichen Konsequenzen.

18 **Die Reform-Dividende**

19 Was der Staat durch Reformen mehr spart als geplant, darf niemand ausgeben –
20 nicht das Finanzministerium, nicht die Koalition, nicht der nächste Wahlkampf.

21 Bisher war es umgekehrt. Hatte der Staat mehr Geld als geplant, fand die Politik
22 verlässlich eine Verwendung. Und zwar nicht für sinnvolle Zukunftsinvestitionen,
23 die es selbstverständlich geben muss, sondern für teure Wahlzuckerl und
24 Klientelpolitik.

25 Genau das muss aufhören. Schneidet der Staat beim Defizit besser ab als geplant,
26 gilt ab jetzt Halbe-halbe: Die Hälfte fließt in den Schuldenabbau. Die andere
27 Hälfte kommt als Entlastung bei denen an, die arbeiten und Steuern zahlen.

28 Ohne neue Formulare, ohne neue Behörde. Automatisch über die antragslose
29 Arbeitnehmerveranlagung. Die Reform-Dividende fließt erst, wenn etwas gelungen
30 ist. Nicht auf Kredit, nicht als Wahlzuckerl.

31 So funktioniert:

32 • Eine unabhängige Stelle, z. B. der Fiskalrat oder der Budgetdienst, stellt
33 im Frühjahr das bereinigte Defizit fest, ohne Einmal- und Vorzieheffekte.

34 • Die Reform-Dividende wird ausgelöst, wenn das Defizit um mindestens 0,1
35 Prozent des BIP besser ausfällt als geplant.

36 • Von diesem Spielraum fließt die Hälfte in den Schuldenabbau. Die andere
37 Hälfte bekommen die Steuerzahler:innen im Folgejahr über einen Freibetrag
38 zurück.

39 • Ein eigenes Gesetz verankert den Automatismus für künftige Budgets. Am
40 besten im Verfassungsrang.

41 **Leistungsabhängige Bezüge für Politiker:innen**

42 Politiker:innen entscheiden über Milliarden und über den Spielraum der nächsten
43 Generationen. Wer diese Macht hat, muss für die Folgen einstehen.

44 In der Privatwirtschaft ist das selbstverständlich. Wer dauerhaft mehr ausgibt,
45 als er einnimmt, spürt die Konsequenzen. In der Politik fehlt dieser Bezug.
46 Reformen sind anstrengend. Schulden und Wahlgeschenke auf Kosten der nächsten
47 Generation sind oft der einfachere Weg und in Österreich seit Jahren die Regel.

48 Genau hier wollen wir ansetzen. Wer die Folgen der eigenen Entscheidungen selbst
49 spürt, entscheidet anders. Deshalb wollen wir einen Teil der
50 Politiker:innengehälter an die Einhaltung verbindlicher Budgetziele koppeln. Wer
51 diese Budgetziele erreicht, bekommt das volle Gehalt. Wer neue Schulden macht
52 oder einen vereinbarten Sanierungspfad verfehlt, muss die Konsequenzen am
53 eigenen Gehaltszettel spüren.

54 So funktioniert:

- 55 • 75 Prozent der Bezüge von Mitgliedern der Bundesregierung,
56 Staatssekretär:innen und Nationalratsabgeordneten bleiben Fixgehalt.
 - 57 • 25 Prozent werden nur ausgezahlt, wenn keine neuen Schulden gemacht
58 werden. Tritt eine neue Regierung oder ein neues Parlament ein Defizit der
59 Vorgänger an, reicht es, wenn der mit der EU vereinbarte Sanierungspfad
60 eingehalten wird.
 - 61 • Eine unabhängige Stelle, z. B. der Fiskalrat oder der Budgetdienst,
62 überprüft die Einhaltung.
 - 63 • Ausnahmen sind nur bei klar definierten Krisen wie Pandemien oder einem
64 schweren wirtschaftlichen Einbruch vorzusehen.
 - 65 • Für Mitglieder der Landesregierung und Landtagsabgeordnete sind
66 vergleichbare Regelungen auf Landesebene einzuführen.
- 67 Reformgewinne gehören den Bürger:innen und der nächsten Generation – nicht
68 Politiker:innen und ihren eigennützigen Wünschen vor einer Wahl. Zugleich sollen
69 Politiker:innen, die Entscheidungen für uns alle treffen, die Folgen ihrer
70 Entscheidungen auch selbst spüren.
- 71 Deshalb bekennen sich NEOS zur Reform-Dividende als Automatismus und zu
72 leistungsabhängigen Politiker:innenbezügen in Bund und Ländern.

PDF-Upload

Der Reformersfolg gehört den Bürger:innen.

Das Risiko den Politiker:innen.

Budgetsanierung ohne sichtbaren Nutzen erzeugt Reformmüdigkeit. Versprechen von Politiker:innen ohne spürbare Ergebnisse erzeugen Misstrauen. Wir NEOS wollen diese Logik durchbrechen und Bürger:innen direkt an Reformersfolgen beteiligen. Zugleich dürfen sich populistische Politiker:innen nicht länger aus der Verantwortung stehlen. Unverantwortliche Schuldenpolitik muss Konsequenzen haben.

Zwar hat etwa die Bundesregierung mit ihren Maßnahmen für die kommenden Jahre rund 100 Milliarden Euro an Neuverschuldung verhindert, aber der Schuldenberg wächst noch immer. Österreich gibt weiterhin mehr Geld aus, als der Staat einnimmt. Deshalb reichen die bisherigen Sparbemühungen noch nicht aus. Was wir durch weitere Reformen bei Pensionen, Gesundheit oder Förderungen einsparen, darf die Politik nicht gleich wieder ausgeben.

Wir NEOS wollen das ändern. Wenn Reformen Spielraum schaffen, müssen die Steuerzahler:innen profitieren und Schulden sinken. Wenn Politiker:innen ihre vereinbarten Budgetziele verfehlen, bekommen sie weniger Gehalt.

So schaffen wir eine einfache Regel: Erfolg kommt den Menschen zugute. Misserfolg hat für die Verantwortlichen Konsequenzen.

Die Reform-Dividende

Was der Staat durch Reformen mehr spart als geplant, darf niemand ausgeben – nicht das Finanzministerium, nicht die Koalition, nicht der nächste Wahlkampf.

Bisher war es umgekehrt. Hatte der Staat mehr Geld als geplant, fand die Politik verlässlich eine Verwendung. Und zwar nicht für sinnvolle Zukunftsinvestitionen, die es selbstverständlich geben muss, sondern für teure Wahlzuckerl und Klientelpolitik.

Genau das muss aufhören. Schneidet der Staat beim Defizit besser ab als geplant, gilt ab jetzt Halbe-halbe: Die Hälfte fließt in den Schuldenabbau. Die andere Hälfte kommt als Entlastung bei denen an, die arbeiten und Steuern zahlen.

Ohne neue Formulare, ohne neue Behörde. Automatisch über die antragslose Arbeitnehmerveranlagung. Die Reform-Dividende fließt erst, wenn etwas gelungen ist. Nicht auf Kredit, nicht als Wahlzuckerl.

So funktioniert:

- ♦ Eine unabhängige Stelle, z. B. der Fiskalrat oder der Budgetdienst, stellt im Frühjahr das bereinigte Defizit fest, ohne Einmal- und Vorzieheffekte.
- ♦ Die Reform-Dividende wird ausgelöst, wenn das Defizit um mindestens 0,1 Prozent des BIP besser ausfällt als geplant.
- ♦ Von diesem Spielraum fließt die Hälfte in den Schuldenabbau. Die andere Hälfte bekommen die Steuerzahler:innen im Folgejahr über einen Freibetrag zurück.
- ♦ Ein eigenes Gesetz verankert den Automatismus für künftige Budgets. Am besten im Verfassungsrang.

Leistungsabhängige Bezüge für Politiker:innen

Politiker:innen entscheiden über Milliarden und über den Spielraum der nächsten Generationen. Wer diese Macht hat, muss für die Folgen einstehen.

In der Privatwirtschaft ist das selbstverständlich. Wer dauerhaft mehr ausgibt, als er einnimmt, spürt die Konsequenzen. In der Politik fehlt dieser Bezug. Reformen sind anstrengend. Schulden und Wahlgeschenke auf Kosten der nächsten Generation sind oft der einfachere Weg und in Österreich seit Jahren die Regel.

Genau hier wollen wir ansetzen. Wer die Folgen der eigenen Entscheidungen selbst spürt, entscheidet anders. Deshalb wollen wir einen Teil der Politiker:innengehälter an die Einhaltung verbindlicher Budgetziele koppeln. Wer diese Budgetziele erreicht, bekommt das volle Gehalt. Wer neue Schulden macht oder einen vereinbarten Sanierungspfad verfehlt, muss die Konsequenzen am eigenen Gehaltszettel spüren.

So funktioniert:

- ♦ 75 Prozent der Bezüge von Mitgliedern der Bundesregierung, Staatssekretär:innen und Nationalratsabgeordneten bleiben Fixgehalt.
- ♦ 25 Prozent werden nur ausgezahlt, wenn keine neuen Schulden gemacht werden. Tritt eine neue Regierung oder ein neues Parlament ein Defizit der Vorgänger an, reicht es, wenn der mit der EU vereinbarte Sanierungspfad eingehalten wird.
- ♦ Eine unabhängige Stelle, z. B. der Fiskalrat oder der Budgetdienst, überprüft die Einhaltung.

- ♦ Ausnahmen sind nur bei klar definierten Krisen wie Pandemien oder einem schweren wirtschaftlichen Einbruch vorzusehen.
- ♦ Für Mitglieder der Landesregierung und Landtagsabgeordnete sind vergleichbare Regelungen auf Landesebene einzuführen.

Reformgewinne gehören den Bürger:innen und der nächsten Generation – nicht Politiker:innen und ihren eigennützigen Wünschen vor einer Wahl. Zugleich sollen Politiker:innen, die Entscheidungen für uns alle treffen, die Folgen ihrer Entscheidungen auch selbst spüren.

Deshalb bekennen sich NEOS zur Reform-Dividende als Automatismus und zu leistungsabhängigen Politiker:innenbezügen in Bund und Ländern.